

Edwin Czerwick *Hrsg.*

# Politische Kommunikation in der repräsentativen Demokratie der Bundesrepublik Deutschland

---

# Politische Kommunikation in der repräsentativen Demokratie der Bundesrepublik Deutschland

---

Edwin Czerwick (Hrsg.)

# Politische Kommunikation in der repräsentativen Demokratie der Bundes- republik Deutschland

Festschrift für Ulrich Sarcinelli

*Herausgeber*  
Edwin Czerwick  
Koblenz, Deutschland

ISBN 978-3-658-01015-7  
DOI 10.1007/978-3-658-01016-4

ISBN 978-3-658-01016-4 (eBook)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden 2013

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

*Lektorat:* Barbara Emig-Roller, Monika Mülhausen

*Satz:* Satz & Bild Kubicek, Hofheim-Diedenbergen

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer VS ist eine Marke von Springer DE. Springer DE ist Teil der Fachverlagsgruppe Springer Science+Business Media.

[www.springer-vs.de](http://www.springer-vs.de)

---

## Vorwort

Mit der Herausgabe von Festschriften hat es eine besondere Bewandnis. Einige derjenigen, die durch sie geehrt werden sollen, haben sie nicht verdient. Andere, die sie eigentlich verdient hätten, haben keine erhalten. Ulrich Sarcinelli gehört nun zweifellos zu denjenigen Politikwissenschaftlern, die sich die Ehrung durch eine Festschrift mehr als verdient haben. Ja, mehr noch! Hätte man ihm keine Festschrift gewidmet, wäre dies zwangsläufig als ein Versäumnis auf diejenigen zurück gefallen, die lange Jahre mit ihm zusammen gearbeitet haben. So war es für mich als sein langjähriger Freund nicht nur eine selbstverständliche Pflicht, sondern auch eine große Ehre, sein Jahrzehnte lang ungebrochenes wissenschaftliches Wirken zusammen mit Kollegen im Rahmen einer Festschrift würdigen zu dürfen.

Eine weitere Besonderheit von Festschriften besteht darin, dass durch sie gelegentlich der Eindruck erweckt werden soll, als würden die Verdienste des Geehrten in einem kausalen Zusammenhang zum Umfang der ihnen gewidmeten Festschrift stehen, gemäß der Devise: Je umfangreicher die Festschrift (vielleicht sogar zweibändig?), desto mehr Verdienste hat sich der Geehrte erworben. Weil eine solche Annahme natürlich unsinnig ist, habe ich von Anfang an darauf geachtet, dass sich der Umfang der Festschrift für Ulrich Sarcinelli in Grenzen hält. Das hat dazu geführt, dass ich dem einen oder anderen Kollegen, der gerne zur Festschrift beigetragen hätte, eine Absage erteilt habe und andere Kollegen nicht zur Mitwirkung eingeladen habe. Der einzige Grund dafür war, dass diese Kollegen mit ihren Forschungsschwerpunkten nicht in das Profil der Festschrift gepasst hätten. Ich hoffe sehr, dass sie mir deswegen nicht allzu nachtragend sind.

Eine Festschrift kann selten alle Verdienste hervorheben, die sich ein mit ihr Geehrter im Verlauf seines Berufslebens erworben hat. Dies gilt gerade auch für Ulrich Sarcinelli, der sich um die Universität Koblenz-Landau verdient gemacht hat, deren Vizepräsident er von 2009 bis 2013 war. Er hat in Landau das Frank-Loeb-Institut als Forschungsinstitut für Politikvermittlung und internationale Verständigung ins Leben gerufen sowie die Landauer Akademiegespräche und die Hambacher Gespräche begründet. Diese Verdienste zu ehren, haben schon andere und an anderer Stelle getan. Zu dieser Ehrung gehörte auch der für einen Politikwissenschaftler eher seltene Umstand, dass es sich die Ministerpräsidentin des Landes Rheinland-Pfalz nicht hat nehmen lassen, ihm seine Ruhestandsurkunde in der Staatskanzlei persönlich zu überreichen und mit den Worten zu

ehren: „Sie sind kein Wissenschaftler im Elfenbeinturm, sondern ein Kommunikator, der immer um die praxisnahe Vermittlung wissenschaftlicher und politischer Inhalte bemüht ist.“ Und weiter: „Mit dieser Vermittlung von Informationen leisten Sie einen wichtigen Beitrag dazu, dass Menschen ein Interesse an politischen Inhalten und demokratischen Entscheidungsprozessen entwickeln und sich aktiv beteiligen.“

Diesen Aussagen wäre eigentlich nichts hinzuzufügen, wenn sie das gesamte berufliche Wirken von Ulrich Sarcinelli beträfen. Doch ist dies nur die auf die Breitenwirkung seiner Tätigkeiten gerichtete Seite. Für die andere, genau so wichtige wissenschaftliche Seite seines Wirkens legen dagegen die hier versammelten Beiträge beredtes Zeugnis ab. Sie vermitteln nicht nur einen Eindruck über das breite Spektrum seiner Publikationen, sondern sie nehmen vielfach auch konkret Bezug auf seine Arbeiten, ohne die die politische und politikwissenschaftliche Kommunikationsforschung in Deutschland sicherlich nicht das hohe Niveau erreicht hätte, das sie heute auszeichnet.

Bei der Planung der Festschrift ging es mir weder um vordergründiges Lob, noch um eine wohlfeile Kritik seiner Arbeiten, sondern vielmehr darum, in einer Reihe wissenschaftlich fundierter Beiträge einige seiner zentralen Thesen, Erkenntnisse und Überlegungen, die für die Weiterentwicklung der politikwissenschaftlichen Kommunikationsforschung wichtig waren, von in der politischen Kommunikationsforschung profilierten Kollegen diskutieren, ergänzen und weiter entwickeln zu lassen.

Als ich an die Verantwortlichen des Verlags Springer VS mit der Absicht heran trat, für Ulrich Sarcinelli eine Festschrift heraus zu geben, bin ich sofort auf ein großzügiges Entgegenkommen gestoßen. Gleichmaßen waren, von ganz wenigen Ausnahmen einmal abgesehen, alle von mir um einen Beitrag gebetenen Autoren gerne bereit, sich an der Festschrift zu beteiligen. Auch wenn einige von Ihnen ihre ursprüngliche Zusage nicht eingehalten haben, so hat dies höchstens den Umfang der Festschrift verringert, ihrer Qualität aber keineswegs geschadet, wie der Blick auf die Beiträge zeigen wird.

Um das bei Festschriften häufig zu beobachtende Sammelsurium von Aufsätzen zu vermeiden, habe ich mich für vier Themenblöcke entschieden, in welcher die Bandbreite der Arbeits- und Publikationsschwerpunkte von Ulrich Sarcinelli wenigstens ansatzweise Beachtung finden. 1. Normative und strukturelle Veränderungen der politischen Kommunikation durch die Neuen Medien. 2. Das politische System als Kommunikationsnetzwerk: Zum Verhältnis von Politik und Medien. 3. Politische Kommunikation unter den Bedingungen politischer Repräsentation und 4. Politikvermittlung und Politikberatung. Ich bin den Autoren sehr dankbar dafür, dass sie in ihren Beiträgen auf die thematischen Vorgaben Rücksicht genommen haben.

---

# Inhaltsverzeichnis

*Edwin Czerwick*

Ulrich Sarcinelli und die Anfänge der Politischen Kommunikationsforschung  
in Deutschland – Versuch einer Würdigung..... 11

## **I Normative und strukturelle Veränderungen der politischen Kommunikation durch die Neuen Medien**

*Heinrich Oberreuter*

Öffentlichkeit, Politik, Demokratie – Interdependenzen der Macht..... 43

*Otfried Jarren*

Neue Medien – neue Regeln!

Publizistische Verantwortungskultur durch Diskurse.

Zum Zusammenhang zwischen Medienpolitik und Politischer Kommunikation..... 53

*Hermann Hill*

Veränderung von Staatskommunikation und Staatskultur durch digitale Medien..... 67

Gerhard Vowe

Politische Kommunikation in der Online-Welt

Welchen Einfluss hat das Internet auf die politische Information,

Diskussion und Partizipation?..... 87

*Thomas Leif*

Ruinierte Geschäftsmodelle – passive Medienpolitik – schwache Zivilgesellschaft

Die Zeitungskrise als Menetekel für den Wandel der Medienöffentlichkeit..... 103

## **II Das politische System als Kommunikationsnetzwerk: Zum Verhältnis von Politik und Medien**

*Karl-Rudolf Korte*

Kommunikationsstress:

Politisches Entscheiden unter den Bedingungen von Überall-Medien..... 121

*Barbara Pfetsch/Frank Marcinkowski*

Die Macht der Medien in der Demokratie –

Zum Wandel von wissenschaftlichen Perspektiven, realweltlichen Konstellationen  
und subjektiven Perzeptionen..... 133

*Jürgen Maier/Michaela Maier*

Serving different Agendas ..... 149

*Andreas Dörner*

„So schmeckt die Zukunft“

Die humorvolle Rahmung politischer Kommunikation

in satirischen Talk-Formaten: grundsätzliche Überlegungen und eine Fallanalyse..... 165

## **III Politische Kommunikation unter den Bedingungen politischer Repräsentation**

*Stefan Marschall*

Parlamentarische Kommunikation in der repräsentativen Demokratie  
der Bundesrepublik Deutschland

Zu den Möglichkeiten einer „kommunikativen Reparlamentarisierung“ ..... 195

*Annette Knaut*

Vom Seelsorger zum Netzwerker

Abgeordnete im Deutschen Bundestag ..... 207

*Jens Tenscher*

Eierlegende Wollmilchsäue.

Einschätzung von PolitikerInnen zu Idealmaßen in der „Mediendemokratie“ ..... 223

#### **IV Politikvermittlung und Politikberatung**

*Manuela Glaab*

Politikberatung in der Mediendemokratie

Zum Faktor Öffentlichkeit im Spektrum professioneller und partizipativer

Beratungsformen.....249

*Wolfgang H. Lorig/Stefan Henn/Sascha Regelot*

Politikvermittlung und -beratung in Kommunen:

Bürgerbeteiligung und Ortsbeiräte in der Stadt Trier.....269

*Edwin Czerwick*

Das Kausalitätsprinzip in der Politikberatung.....293

#### **V Ulrich Sarcinelli: Schriftenverzeichnis**

#### **VI Autorinnen- und Autorenverzeichnis**

---

# Ulrich Sarcinelli und die Anfänge der Politischen Kommunikationsforschung in Deutschland – Versuch einer Würdigung

Edwin Czerwick

Zusammenfassung: Im Mittelpunkt der Würdigung steht eine Auseinandersetzung mit Arbeiten, durch die Ulrich Sarcinelli ganz wesentlich zur Entwicklung der politischen Kommunikationsforschung innerhalb der deutschsprachigen Politikwissenschaft beigetragen hat. Um seine Beiträge richtig einzuschätzen, wird zunächst der Stand der politischen Kommunikationsforschung bis Ende der 70er Jahre des 20. Jahrhunderts skizziert. Vor diesem Hintergrund werden sodann einige seiner Arbeiten vorgestellt, die bis heute grundlegend für die politikwissenschaftliche Kommunikationsforschung sind. Diese Arbeiten werden innerhalb von vier thematischen Schwerpunkten untersucht: Politikvermittlung und politischer Bildung, Symbolische Politik, (Kommunikativer) Strukturwandel der Parteiendemokratie und Politikwissenschaftliche Kommunikationsforschung. Die von Sarcinelli in diesen Bereichen gelegten wissenschaftlichen Fundamente haben sich bis heute als erstaunlich stabil erwiesen. Die politikwissenschaftliche Kommunikationsforschung wird deshalb auch in Zukunft an einer intensiven Auseinandersetzung mit seinen Arbeiten nicht vorbei kommen.

## Einleitung

Ulrich Sarcinelli hat einen wesentlichen Anteil daran, dass die politische Kommunikationsforschung heute einen hohen Stellenwert innerhalb der deutschen Politikwissenschaft einnimmt. Mit dem von ihm im Jahre 1987 herausgegebenen Sammelband „Politikvermittlung“, seiner Habilitationsschrift „Symbolische Politik“ (Sarcinelli 1987a), den Sammelbänden „Politikvermittlung (Sarcinelli (Hrsg.) 1987), „Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft“ (Sarcinelli (Hrsg.) 1998) sowie seiner in 3. Auflage erschienenen „Politische Kommunikation in Deutschland“ (Sarcinelli 2011) hat er wesentlich zur normativen, theoretischen und empirischen Grundlegung und Entwicklung der politischen Kommunikationsforschung im deutschsprachigen Raum beigetragen. Dies wird in eindrucksvoller Weise dadurch belegt, dass seine Arbeiten in den Literaturverzeichnissen der einschlägigen Publikationen nicht selten in gehäufte Form Erwähnung finden. Ich werde in meinen Ausführungen zunächst die Ausgangsposition skizzieren, vor der Ulrich Sarcinelli stand, als er sich mit der politischen Kommunikationsforschung in Deutschland auseinander zu setzen begann. Im nächsten Schritt wer-

de ich auf die konkreten Rahmenbedingungen eingehen, die ihn dazu inspirierten, der politischen Kommunikationsforschung mittels des Konzepts der Politikvermittlung ein politikwissenschaftliches Fundament zu geben. Im Anschluss daran werde ich auf einige seiner zentralen Arbeiten eingehen und ihren innovativen Charakter darstellen. Dabei wird deutlich werden, dass die von ihm gelegten konzeptionellen und inhaltlichen Grundlagen der nunmehr politikwissenschaftlichen Kommunikationsforschung nach wie vor Gegenstand der aktuellen Diskussionen sind. Dies zeigt sich nicht zuletzt daran, dass heute kaum eine Arbeit zur politischen Kommunikation zu finden ist, in der nicht ausführlich auf Sarcinellis Arbeiten Bezug genommen wird.

---

## **1 Anmerkungen zur politischen Kommunikationsforschung bis Ende der 70er Jahre des 20. Jahrhunderts**

Die Erforschung der politischen Kommunikation nahm bis gegen Ende der 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts nur einen peripheren Stellenwert innerhalb der deutschen Politikwissenschaft ein (Schatz 1978).<sup>1</sup> Dementsprechend gab es nur wenige Berührungspunkte zur Kommunikationswissenschaft, sieht man einmal von einigen Ausnahmen ab. So hat insbesondere Karl W. Deutsch mit seinem Buch „Politische Kybernetik“ (1973) schon sehr früh und eindringlich auf die zentrale Bedeutung von Kommunikation für die Politik und das politische System hingewiesen und auf ihre enge Verbindung zur politischen Macht aufmerksam gemacht hat.<sup>2</sup> Dass nur über Kommunikation die Kluft zwischen der gesellschaftlichen Bedürfnisstruktur und dem politischen System überbrückt werden kann, hat Bernhard Badura heraus gearbeitet (Badura 1972). Selbst die politischen Funktionen der Massenkommunikation und ihr Einfluss auf die (politische) Öffentlichkeit (Ronneberger 1974; Habermas 1969) bzw. des politischen Publikums (Räder et al. 1979; Luhmann 1983a) fristeten noch ein ziemlich randständiges Dasein. Sprachwissenschaftliche Analysen, die sich mit dem Verhältnis von Sprache und Politik, den politischen Funktionen von Sprache, dem Verhältnis von politischer Sprache und Öffentlichkeit (Eroms 1974) sowie dem Sprachverhalten politischer Akteure beschäftigten, wurden in der Politikwissenschaft so gut wie nicht zur Kenntnis genommen. Insgesamt kann man deshalb mit einigem Fug und Recht behaupten, dass bis gegen Ende der 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts die Funktion der politischen Kommunikation in und für

---

1 Für weiterführende Anmerkungen siehe Kapitel 3.4. Das große Verdienst der Arbeit von Schatz (1978) besteht heute noch darin, dass er einen engen Zusammenhang zwischen dem gesellschaftlichen Problemdruck, dem die politischen Akteure ständig ausgesetzt sind, und deren Bemühungen hergestellt hat, durch direkte und indirekte Interventionen in die Produktionsbedingungen und Programmgestaltung der Kommunikationsmedien, insbesondere von Presse, Hörfunk und Fernsehen, politische Unterstützung zu generieren.

2 Wichtig in diesem Zusammenhang ist auch die Arbeit von Frieder Naschold (1972, S. 78-127), der damit den Forschungsstand der damals schon wesentlich weiter entwickelten amerikanischen politischen Kommunikationsforschung für einen deutschen Leserkreis aufbereitet hat.

die Politik nur am Rande auf größere politikwissenschaftliche Aufmerksamkeit gestoßen ist.<sup>3</sup> Eine gewisse Ausnahme stellte nur die Auseinandersetzung mit der Sprache der „Neuen Linken“ dar, deren vermutetes „revolutionäre“ Potenzial auf heftige Abwehrreaktionen konservativer Wissenschaftler stieß.<sup>4</sup> Aber auch aus sozialdemokratischer Sicht wurde der politischen Sprache eine große Wirkung zugeschrieben. So führte Peter Glotz (1986, S. 8) den Machtverlust der SPD 1982 darauf zurück, dass die Partei ihre kulturelle Hegemonie durch „den intellektuellen Ansturm des Neokonservatismus auf die leichte Schulter genommen hat. Wir haben zugesehen, wie die Intellektuellen der Rechten die Argumentationsfähigkeit unserer Funktionäre und Anhänger zerstört haben.“

Immerhin stand aber der enge Zusammenhang von politischer Herrschaft und politischer Sprache außer Frage. Bezugspunkt dafür war einerseits die Aufarbeitung der politischen Instrumentalisierung der Sprache durch den Nationalsozialismus (Voigt 1974; Bork 1970; Bergsdorf 1980) sowie andererseits das Buch „1984“ von George Orwell, in dem dieser die sprachliche Gleichschaltung mit der politischen Gleichschaltung („Neusprache“) verknüpfte (Orwell 1964). Die Herrschaftsfunktion der Sprache war in diesen Arbeiten kaum noch von ihrer Propaganda- und Manipulationsfunktion zu unterscheiden. Die politische Verführbarkeit durch Sprache wurde jedoch nicht nur als ein mehr oder weniger historisch überwundenes Problem betrachtet, sondern auch, wenngleich in einer wesentlich subtileren Ausrichtung, auf die damals aktuelle politische Situation in der Bundesrepublik Deutschland bezogen (Sternberger u.a. 1968; Kaltenbrunner (Hrsg.) 1975; Bergsdorf (1978, 1983).<sup>5</sup>

Der Sprache in der Politik kann eine Vielzahl sehr unterschiedlicher Funktionen zugewiesen werden (Grünert 1974, S. 1-32), wie zum Beispiel die Integrationsfunktion, die Abgrenzungsfunktion, die Bildungs- und Erziehungsfunktion, die Propagandafunktion, die Überredungsfunktion, die Mitteilungsfunktion, die Kontroll- und Herrschaftsfunktion, die Verschleierungsfunktion, die Werbungsfunktion, die Öffentlichkeitsfunktion u.a. (im Überblick Dieckmann 1975, S. 26-46). Zur politischen Funktion der Sprache gehört auch die Legitimationsfunktion, die ihrerseits mit der Öffentlichkeitsfunktion (Oberreuter 1979) und diese wiederum eng mit der Herrschafts-, Manipulations- und Propagandafunktion der Sprache verknüpft ist. Im Mittelpunkt der Legitimationsfunktion steht die Rechtfertigung der Politik, entweder des politischen Systems insgesamt oder seiner einzelnen Elemente (Oberreuter 1980), wie zum Beispiel der verschiedenen Staatsorgane oder der Parteien. Heinrich Oberreuter (1977, S. 49) hat diesen Sachverhalt bezogen auf den Parlamentarismus pointiert mit dem Slogan „Legitimation durch Kom-

---

3 In seinem Forschungsüberblick zur Sprache in der Politik geht Dieckmann (1975) deshalb auch nicht auf die Politikwissenschaft ein. Siehe dazu aber den Literaturüberblick von Schumann (1980).

4 Siehe hierzu insbesondere die Beiträge von Helmut Schelsky, Hans Maier, Kurt Sontheimer, Günter Schmolders und Hermann Lübke in Bergsdorf (Hrsg.) (1979). Zum Verhältnis zwischen der politischen Sprache des „Establishments“ und der „subversiven“ Sprache „subkultureller Gruppen“ siehe Herbert Marcuse (1984, S. 270-271, 302-305).

5 Mit Bezug auf die DDR siehe Ludz (1980).

munikation“ (Oberreuter 1984) zum Ausdruck gebracht. Er hat damit zugleich die zentrale Bedeutung von Kommunikation für die Rechtfertigung von Politik hervorgehoben, nachdem die Legitimation von Politik lange Zeit vor allem in rechtstaatlichen Verfahren (Luhmann 1983) vermutet worden ist.

Erst im Zuge der sog. „Technokratiedebatte“ (Koch und Senghaas (Hrsg.) (1970) stieß auch die Sprache<sup>6</sup> auf mehr politikwissenschaftliche Aufmerksamkeit. Zum einen wurde die Bedeutung der Sprache in der Politik jetzt darin gesehen, die kaum noch vorhandenen Unterschiede in der politischen Substanz wenigstens verbal zu akzentuieren (Lübbe 1972, S. 149-150). Die Behauptung von Helmut Schelsky, dass die politischen Ideologien sich überlebt hätten<sup>7</sup> und Wissenschaft und Technik der Politik die Entscheidungen vorschrieben, so dass der Politik kaum noch ein Handlungsspielraum verbleibe (Schelsky 1965, S. 439-480)<sup>8</sup>, musste in einem politischen System mit Parteienwettbewerb zwangsläufig zu einer Intensivierung zumindest der rhetorischen Abgrenzung zwischen den Parteien führen, wenn sie sich gegenüber den Wählern profilieren und voneinander abgrenzen wollten. Zum anderen wurde die Technokratiediskussion aber auch zum Anlass genommen, die politische Sprache für eine rationale Politik zu nutzen (Schmidt 1972, 94-101). Dieser Thematik hat sich insbesondere Heiner Flohr angenommen und die Sprache von Parteiprogrammen unter der Fragestellung untersucht, ob sie einen Beitrag sie für eine rationale Politik leisten können (Flohr 1968; siehe auch Schönbohm 1974, S. 26-36).

Die Arbeiten über den politischen Sprachstil nahmen entweder auf das Sprachverhalten einzelner politischer Akteure Bezug (Lang 1980; Lohmar 1974; Zimmermann 1972, S. 127-137, 1975; Fabris 1974, S. 116-118; Gaier 1971; Kirst 1981) oder sie untersuchten Sprache im Rahmen der Politik (Frese 1972) und das Sprachverhalten im Kontext politischer Institutionen, wobei hier insbesondere der Deutsche Bundestag und Bundestagsdebatten ein bevorzugter Untersuchungsgegenstand waren. Beide Untersuchungsschwerpunkte waren primär deskriptiv ausgerichtet. Bei der Analyse des Sprachstils einzelner politischer Akteure stand vor allem die Sprachverwendung im Mittelpunkt des Interesses, also zum Beispiel die Frage, ob die Sprache mehr für appellative, persuasive oder evaluative Zwecke eingesetzt wird. Dagegen variierten die Themenschwerpunkte bei den Analysen über Debatten im Deutschen Bundestag erheblich. Sieht man einmal von primär sprachwissenschaftlichen Arbeiten ab (Simmler 1978; Uhlig 1972), bezogen sie sich dabei, ob explizit oder implizit, meistens auf die Öffentlichkeitsfunktion des Deutschen Bundestages (Schneider 1967, S. 11-44; Kißler 1976; Hereth 1970, 1971; Steiger 1970), die sich damals (im Gegensatz zu heute) gerade in den Debatten im Plenum vergegenständlichte.

Im Einzelnen wurden unter anderem der jeweilige Stellenwert und die Funktion von Bundestagsdebatten für die Politik und die Öffentlichkeit (Zundel 1980; S. 58-59; Besson

---

6 Siehe hierzu die Zeitschrift „Sprache im technischen Zeitalter“.

7 Siehe hierzu die von Otto Kirchheimer (1969) angestoßene Diskussion über die Entwicklung der Parteien in den westlichen Demokratien zu Volksparteien (zusammenfassend Mintzel (1984).

8 Zur Kritik siehe Lübbe 1971, S. 11-12; Hennis 2000, S. 228-236; Habermas 1971.

1964; Becker 1979; Nass 1980, S. 15 und passim; Oberreuter 1980a, 44ff.) sowie die jeweiligen Argumente untersucht, die zwischen den Debattenrednern ausgetauscht wurden (Faber 1975; Bach 1977). Gegenstand der Analysen waren aber auch die Rhetorik im Bundestag, die in den Reden zum Ausdruck kommende Konfliktintensität (Zimmermann 1975), die zu Tage tretenden Feindbilder (Becker/Gantzel 1975), der Debattenstil (Wette 1968; Zimmermann 1975) und das Sprachverhalten einzelner Redner (Zimmermann 1972, S. 127-137, 1975).

Gegen Ende der siebziger Jahre schließlich geriet die politische Sprache immer stärker in den Fokus von Strategieexperten und Wahlkampfmanagern der Parteien, die zu erkennen glaubten, dass es auf den „richtigen“ Einsatz der Sprache ankomme, um bei den Wählern auf größere Resonanz und Zustimmung für die eigene Politik in der Öffentlichkeit zu stoßen (Lübbe 1975, S. 207). Politik wurde als ein „Streit“ (Lübbe 1972) und sogar als ein „Kampf“ (Greiffenhagen (Hrsg.) (1980) um Wörter verstanden, bei dem es darum ging, positiv assoziierte Begriffe im öffentlichen Meinungskampf für die eigene politische Position zu „besetzen“<sup>9</sup>, die eigenen Mitglieder und Sympathisanten zu mobilisieren und die politische Sprache des politischen Gegners zu diskreditieren.<sup>10</sup> Die politische Sprache hatte die Funktion, zwischen „Freund“ und „Feind“ zu unterscheiden. Die strategisch-taktische Sprachverwendung überlagerte die inhaltliche Bedeutung der Wörter, trat zumindest neben sie. Weniger die Auseinandersetzung um politische Inhalte beherrschte die politischen Diskussionen, sondern der Austausch von Schlagworten und eingängigen Slogans.

Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts stieß schließlich auch in der Politikwissenschaft das Verhältnis von Medien und Politik auf immer mehr Aufmerksamkeit. Dabei geriet zum einen die Frage in den Vordergrund, wer auf wen mehr Einfluss ausübte, die Medien auf die Politik oder die Politik auf die Medien. Heribert Schatz beantwortete diese Frage zugunsten der Politik, in dem er auf die Instrumentalisierung der Medien durch die Politik und deren dadurch bedingten Autonomieverlust verwies (Schatz 1982, S. 14-19; Lipp/Löcher 1982, S. 190-192). In gewisser Weise fand diese These Bestätigung durch Hans-Joachim Lang (1980), der zeigen konnte, wie die Parteien ihre Nachrichten thematisch und inhaltlich so aufbereiteten, dass sie weitgehend ungefiltert in die Berichterstattung der Presse Eingang fanden (siehe auch Baerns 1981). Im Gegensatz dazu wurde aber auch schon sehr früh auf die nicht zu unterschätzende Herrschaftsfunktion der Medien (Schatz-Bergfeld 1974), ihre (politische) Macht und auf

---

9 Ausgangspunkt war ein Beitrag von Kurt Biedenkopf 1973 in der Wochenzeitung „Die Zeit“, in der er unter anderem Folgendes ausführte. „Die CDU muss außerdem eine Sprache der Mitte entwickeln. Die neue Linke hat die politische Sprache besetzt und damit einen wesentlichen Einbruch in die politische Substanz unseres Volkes erzielt. Die Übernahme dieser Sprache hinderte die CDU, ihre eigene Position autonom und damit unabhängig vom politischen Gegner zu beschreiben“ (Biedenkopf (1977). Siehe die Diskussion in der Aktuellen Stunde des Deutschen Bundestags am 28. Juni 1979 in Das Parlament, 28/29/14./21. Juli 1979 sowie Klein (1991).

10 Siehe dazu die Beiträge in Fetscher/Richter (Hrsg.) (1976). Zur Kritik der Sprach der sog. „Neuen Linken“ siehe die Beiträge in Kaltenbrunner (Hrsg.) (1975).

die daraus resultierende abhängige Position der Politik hingewiesen (Ronneberger 1980, S. 79-110, 1983, S. 490-492). Angesichts dieser unterschiedlichen Positionierungen lag es nahe, sozusagen als „Kompromiss“ zwischen diesen, besser von einem „Funktionszusammenhang von Politik und Publizistik“ (Saxer 1981. Siehe auch Jarren 1988) auszugehen. Daneben geriet aber auch die Öffentlichkeitsarbeit staatlicher Organe immer mehr in den Fokus des politikwissenschaftlichen Interesses (Nass 1980; Skowronnek 1979).

---

## 2 Politische Kommunikation im zwischenparteilichen Wettbewerb von Wahlkämpfen

Ende der 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts geriet die politische Kommunikationsforschung schließlich immer häufiger auf die politikwissenschaftliche Agenda.<sup>11</sup> Die Anstöße kamen dabei vor allem aus der politischen Praxis, die als Stichwortgeber fungierte und die den inhaltlichen Rahmen für die Durchführung einschlägiger politikwissenschaftlicher Untersuchungen vorgab.<sup>12</sup> Die führenden Akteure in den Parteien erkannten immer mehr, nicht zuletzt mit Blick auf die Situation in den Vereinigten Staaten von Amerika, die zentrale Bedeutung, welche die politische Kommunikation im zwischenparteilichen Wettbewerb im Allgemeinen und in den Wahlkämpfen im Besonderen einzunehmen begann. Die politische Kommunikationsforschung geriet damit immer stärker in den Dienst der Wahlkampfforschung. Im Mittelpunkt stand dabei insbesondere die Frage, welche Formen der Kommunikation und welche Kommunikationsmittel am besten geeignet sind, um die Wähler für die eigene Politik zu gewinnen und sie davon abzuhalten, einer anderen Partei ihre Stimme zu geben.

Dabei durchliefen die Wahlkämpfe ab der zweiten Hälfte der siebziger Jahre einen tiefgreifenden Wandel. Sinnfälliger Ausdruck für diesen Wandel war, dass man jetzt immer weniger von dem bis dahin üblichen Begriff der „Wahlwerbung“<sup>13</sup>, dafür umso mehr von „Politischer Kommunikation“ sprach.<sup>14</sup> Der grundlegende Unterschied zwischen Wahl-

---

11 Allerdings fehlte in dem von Klaus v. Beyme (1986) herausgegebenen Sammelband „Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland“ noch ein Beitrag zur politikwissenschaftlichen politischen Kommunikationsforschung. Der Grund dafür dürfte mehr in der stärker traditionellen politikwissenschaftlichen Orientierung des Herausgebers als in der politikwissenschaftlichen Massenkommunikationsforschung liegen, die seit Beginn der 80er Jahre massiv an Bedeutung zugenommen hatte.

12 Von nicht zu unterschätzender Bedeutung sind aber auch das Buch von Jürgen Habermas über den „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ (erstmalig 1962, hier 1969) und der Aufsatz von Niklas Luhmann über „Öffentliche Meinung“ (erstmalig 1970, hier 1983a), auch wenn man keine genauen Angaben darüber machen kann, welche Wirkung sie im Einzelnen für die politische Praxis gehabt haben.

13 Zur Wahlwerbung siehe u.a. Abromeit (1972); Struve (1971); Gemmeke (1967); Cerny (Hrsg.) (1978); Hirsch-Weber/Schütz u.a. (1957, S. 76-96. „Die Propagandamittel“); Kitzinger (1960); Wolf (1980).

14 Siehe hierzu insbesondere Radunski (1980).

werbung und Politischer Kommunikation bestand darin, dass Letztere jetzt als neue und zentrale Aufgabe der politischen Führung angesehen wurde. Während man in der Wahlwerbung eine Aufgabe der Politik sah, die insbesondere bei der Durchführung von Wahlkämpfen in den Vordergrund trat, weshalb ihr gegenüber der „eigentlichen“ Politik auch nur eine eher technisch-administrative Funktion zugebilligt wurde, die, angelehnt an die Wirtschaftswerbung, von darauf spezialisierten Unternehmen durchgeführt werden konnte, ging mit dem Begriff „Politische Kommunikation“ ein neues Verständnis von Politik einher.<sup>15</sup> Politische Kommunikation konzentrierte sich zwar vordergründig auf die Wahlkampfführung (Lippert u.a 1979; Kaltefleiter 1977, 105-187), ist jedoch tatsächlich „echte“ Politik. Zwischen Politik und politischer Kommunikation wurden deshalb auch kaum noch Unterschiede gemacht. „Politische Kommunikation ist umfassend wie ihr Gegenstand, die Politik selbst“ (Radunski 1980, S. 12). Pointiert kann man sagen, dass Politik zur politischen Kommunikation und die politische Kommunikation zur Politik geworden ist. Und dies galt nicht nur für den engeren Bereich von Wahlkämpfen, sondern für die Politik insgesamt. „Politisch handeln heißt für ihn (den Politiker, E.C.) auch, in politischer Kommunikation zu planen und entwerfen, heißt nicht nur an die Inhalte, sondern auch an die öffentliche Umsetzung der Politik zu denken. Politische Strategien ohne Kommunikationsstrategien sind in der modernen Demokratie undenkbar. Wer eine Politik entwirft, muss auch ihre Kommunikation einbeziehen“ (Ebenda, S. 7). Insofern ist die politische Kommunikation zu einem „Leistungsbereich moderner Politik“ (Ebenda, S. 9 und 10) geworden.<sup>16</sup>

Die Kehrseite dieser Entwicklung bestand darin, dass Politik immer mehr zu einer Art von Showgeschäft zu entarten drohte (Schwartzberg 1980), bei dem Showeffekte die politische Substanz in den Hintergrund drängten und der Austausch politischer Symbole die kontroverse Diskussion von politischen Argumenten überlagerte (Edelman 1977; Dieckmann 1981, S. 255-279). Es entstand eine immer tiefere Kluft zwischen Herstellung und Darstellung der Politik, was wiederum die Intensivierung der politischen Führung und Steuerung mittels Kommunikation begünstigt hat (Kaltefleiter 1983).

Im Kontext der politischen Kommunikationsforschung begann man schließlich auch sich intensiver für die Rolle der Medien für die Politik und den zwischenparteilichen Wettbewerb zu interessieren (Paletz 1979; Oberreuter 1982; Bergsdorf 1980; Arnim 1973; Räder 1980; Lang 1980). Dies betraf zum einen die Printmedien (Pratt 1982), doch geriet zum anderen vor allem das Fernsehen in den Fokus der politischen Kommunikationsfor-

---

15 In diesem Zusammenhang kam es zu einer Trennung zwischen der Wahlkampfforschung und der Wählerverhaltensforschung. Beide bildeten noch bis Mitte der sechziger Jahre unter dem Begriff „Wahlforschung“ bzw. „empirische Wahlforschung“ (Diederich 1965) eine Einheit. Die wissenschaftliche Bedeutung der Wahlkampfforschung hat im Laufe der Zeit abgenommen, während die Wählerverhaltensforschung stark zugenommen hat. Gleichwohl verzichtete man in der Wählerverhaltensforschung darauf, die Wirkung von Wahlkämpfen auf das Wählerverhalten eingehender zu untersuchen (Kaltefleiter/Nissen 1980; Kaase (Hrsg.) 1977; Oberndörfer (Hrsg.) 1978).

16 Siehe hierzu Roth (1979a, 1979b, 1979c).

schung. Dabei ging es unter anderem um die Analyse von Nachrichtensendungen (Schatz u.a. 1981; Lange 1982), die Präsentation der Parteien in politischen Fernsehmagazinen (Ruhland 1979, 1979a), die Selbstdarstellung von Politikern in Interviews (Hoffmann 1982), Frage- und Diskussionsrunden (Mast 1978, 1979; Baker et al. 1981; Norpoth 1983), die optische Darstellung von Politikern (Kepplinger 1980; Merten 1982) sowie um den Einfluss der Fernsehberichterstattung auf das Wähler- und Politikerverhalten (Radunski 1977, 1979; Noelle-Neumann 1980; Feist/Liepelt 1982; Merten 1982).

Die vorangegangenen Ausführungen stellen in groben Zügen die Ausgangssituation dar, an die Sarcinelli inhaltlich angeknüpfte, um die politische Kommunikationsforschung konzeptionell und normativ weiter zu entwickeln.

---

### **3 Sarcinellis Beiträge zur politikwissenschaftlichen Kommunikationsforschung<sup>17</sup>**

Angesichts einer fast 250 Titel umfassenden Publikationsliste wäre es vermessen zu glauben, Sarcinellis Beiträge zur politikwissenschaftlichen Kommunikationsforschung in Deutschland einigermaßen angemessen würdigen zu können. Ich werde mich deshalb im Folgenden nur auf einige ausgewählte Arbeiten konzentrieren, von denen ich der Meinung bin, dass sie wesentlich zur Begründung der politikwissenschaftlichen politischen Kommunikationsforschung in Deutschland beigetragen haben. Sarcinellis Hauptverdienst für die politikwissenschaftliche Kommunikationsforschung sehe ich vor allem darin, dass er ihr neue Wege gewiesen hat. Oder in der Terminologie von Thomas S. Kuhn (1976, 1978, S. 389-420) ausgedrückt: Er hat maßgeblichen Einfluss auf die Ausbildung neuer „Paradigmata“ der politikwissenschaftlichen Kommunikationsforschung in Deutschland genommen und ihr damit zugleich den Weg zu einer „normalen“ Wissenschaft geebnet, deren Entwicklung er wiederum mit ergänzenden und weiterführenden Beiträgen begleitet und bereichert hat.

Sarcinelli war dabei aber kein „Einzelkämpfer“. Wesentliche Impulse und Anregungen für seine Arbeiten zur politikwissenschaftlichen Kommunikationsforschung erhielt er in seiner Eigenschaft als Mitglied der „Forschungsgruppe Parteiendemokratie“, die von den Professoren Heino Kaack und Reinhold Roth geleitet wurde. Die Gründung der Arbeitsgruppe ging auf ein Ende 1979 von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) genehmigtes und ein auf mehrere Jahre angelegtes Forschungsprojekt zum Thema

---

<sup>17</sup> Korrekter Weise müsste man von „politikwissenschaftlicher politischer Kommunikationsforschung“ sprechen, da es auch eine publizistische politische Kommunikationsforschung, eine historisch politische Kommunikationsforschung, eine sprachwissenschaftliche politische Kommunikationsforschung und eine soziologische politische Kommunikationsforschung gibt, zwischen denen natürlich inhaltliche und methodische Überschneidungen bestehen. Im Überblick siehe hierzu die Beiträge von Teil 2 in Jarren u.a. (Hrsg.) (1998). Damit wird auch erkennbar, dass die politikwissenschaftliche Kommunikationsforschung prinzipiell inter- oder transdisziplinär angelegt ist.

„Parteiensystem und Legitimation des politischen Systems“ zurück. Die forschungspraktische und konzeptionelle Grundlage des Projekts beruhte auf einen Beitrag von Heino Kaack im „Parteien-Jahrbuch 1975“ (Kaack 1978). Im Mittelpunkt des Projekts stand nur am Rande die einige Jahre zuvor von Jürgen Habermas angestoßene Diskussion über die Legitimationsprobleme des spätkapitalistischen Staates (Habermas 1973).<sup>18</sup> Zentrales Untersuchungsziel des Projekts war stattdessen „die Analyse des Prozesses der Rechtfertigung politischen Handelns von Parteien bzw. dessen Funktionsträgern in öffentlichen Ämtern des parlamentarischen Systems der Bundesrepublik Deutschland“. Die Untersuchungen erfolgten „vor allem, aber nicht ausschließlich im Kontext der Bundestagswahl 1980 und bezog sich gleichermaßen auf die bundespolitische wie auf die lokale Ebene.“<sup>19</sup> Im Rahmen des Projekts wurde unter anderem die Bedeutung der Außenpolitik im Bundestagswahlkampf, der Einsatz politischer Symbole, die Planung und die Themen der Wahlkampfstrategien und, vermittelt teilnehmender Beobachtung, der Wahlkampf von Direktkandidaten in vier ausgesuchten Wahlkreisen untersucht. Weiterhin wurden Analysen angefertigt über die Instrumentalisierung demoskopischer Umfragen, die parlamentarisch Kommunikation im Wahlkampf, die Legitimationsstrategien der Parteien zwischen Landtagswahlen und Bundestagswahlen und die Rechtfertigung politischen Handelns von Funktionsträgern der Parteien. Diese Themen standen deshalb auch in ihren verschiedensten Ausprägungen und Varianten in den folgenden Jahrzehnten im Mittelpunkt von Sarcinellis Arbeiten. Sie machen insofern deutlich, dass seine politikwissenschaftliche Kommunikationsforschung von Anfang an eng mit der Parteienforschung verbunden war.<sup>20</sup>

In meinen Ausführungen über Sarcinellis Beiträge zur politikwissenschaftlichen Kommunikationsforschung werde ich mich unter Ausblendung wissenschaftstheoretischer und methodischer Fragen auf die inhaltlichen Gesichtspunkte seiner Beiträge beschränken, die ich pointiert unter folgenden Überschriften zusammenfasse. „Politikvermittlung und politische Bildung“ (3.1), „Symbolische Politik“ (3.2), „Strukturwandel der Parteiendemokratie“ (3.3) und „Politikwissenschaftliche Kommunikationsforschung“ (3.4).

---

18 Siehe hierzu auch Kielmansegg (Hrsg.) (1976) sowie die Diskussionen zusammenfassend Heidorn (1982).

19 Beide Zitate entstammen dem Vorwort zu den Arbeitspapieren „Analysen und Berichte“, die von der „Forschungsgruppe Parteiendemokratie“ in einer Auflage von 100 Exemplaren gedruckt und an Kollegen und Interessierte verteilt worden sind. In der Reihe „Analysen und Berichte“ sind im Zeitraum 1982 bis 1986 insgesamt 17 Bände unterschiedlichen Umfangs erschienen.

20 Siehe hierzu auch seine Dissertation über das Staatsverständnis der SPD (Sarcinelli 1979) sowie seine Beiträge in den Parteien-Jahrbüchern 1973/1974, 1975, 1976 und in den beiden Bänden des Handbuchs des deutschen Parteiensystems (Kaack/Roth (Hrsg.) 1980a, 1980b).

### 3.1 Politikvermittlung und politische Bildung

Die im Mittelpunkt des oben erwähnten DFG-Forschungsprojekts stehende Frage nach der Art und Weise, wie Parteien ihre Politik gegenüber den Bürgern rechtfertigen, führte innerhalb der Projektgruppe zu intensiven Diskussionen über die zu wählende Begrifflichkeit. Der Begriff „Politische Kommunikation“ schien zu weit gefasst, um das genuin Parteipolitische der Legitimation politischen Handelns begrifflich und konzeptionell angemessen wiedergeben zu können. Die Begriffe „Legitimation“ bzw. „Rechtfertigung politischen Handelns“ schienen dagegen wiederum inhaltlich zu eng zu sein, weil die Parteien bei der Rechtfertigung ihrer Politik nicht nur sich selbst, sondern, zumindest indirekt, immer auch das gesamte politische System und „die“ Politik“ rechtfertigten. Der Begriff, mit den beide Schwierigkeiten überwunden werden sollten, war „Politikvermittlung“. Wer auch immer den Begriff zuvor oder danach verwendet haben mag, es war Sarcinelli, der ihn für die politikwissenschaftliche Kommunikationsforschung konzeptualisierte und ihn vom Begriff der politischen Kommunikation, wie zum Beispiel im Verständnis von Peter Radunski (1980), abgrenzte. Politikvermittlung bezieht sich für Sarcinelli zunächst einmal einfach nur darauf, wie die politischen Akteure den Bürgern ihre Politik darstellen (Sarcinelli 1984, S. 3, 1987, S. 20-21). Dabei war ihm von Anfang an klar, dass der von ihm präferierte Begriff der „Politikvermittlung“ vom Verhalten der politischen Akteure ausgeht, ihm mithin eine asymmetrische Kommunikationsperspektive, die „von oben“, den politischen Akteuren, „nach unten“, zu den Bürgern“, eigen ist (Sarcinelli 1992, S. 42-43). Allerdings war er darum bemüht, diese einseitige Perspektive zu überwinden und den Politikvermittlungsbegriff so zu erweitern, dass auch die Bürgerperspektive mit in den Begriff eingeht. Von zentraler (normativer) Bedeutung war dabei die Frage, ob die Politikvermittlung „dem Bürger eine hinreichende Informationsgrundlage zur Gewährleistung einer möglichst eigenständigen Urteils- und Entscheidungskompetenz“ (Sarcinelli 1988, S. 12) zubilligt. In Kenntnis vieler seiner Arbeiten wage ich zu behaupten, dass Sarcinelli eher zu einer Verneinung der Frage neigt. Zumindest ließ er eine erhebliche Skepsis darüber erkennen, dass die Politikvermittlung den Bürgern zu einer „eigenständigen Urteils- und Entscheidungskompetenz“ befähigt. Nicht zuletzt durch seine Arbeiten ist der Begriff „Politikvermittlung“ inzwischen zu einem zentralen Gegenstand der politischen Kommunikationsforschung avanciert.<sup>21</sup> Von der Vielzahl der Arbeiten, die Sarcinelli zum Thema „Politikvermittlung“ publiziert hat, werde ich mich im Folgenden auf insgesamt vier konzentrieren (Sarcinelli 1984, 1987, 1988, 1992),

---

21 Fairer Weise muss man sagen, dass eine präzise Abgrenzung zwischen den Begriffen „Politikvermittlung“ und „Politische Kommunikation“ nicht gelungen ist, vermutlich auch gar nicht gelingen kann, weil „Politikvermittlung“ immer nur als ein Bestandteil von „Politische Kommunikation“ verstanden werden kann. Dementsprechend weist die Spannweite der Politikvermittlung „vom technisch perfektionierten Kommunikationsmanagement, von der politischen „Dramaturgie und Inszenierungskunst“ bis zur sachbezogenen Information und Aufklärung, vom politischen „Showgeschäft“ bis zur informationsgesättigten politischen Bewusstseinsbildung“ (Sarcinelli 1987, S. 22).

in denen er die normativen und konzeptionellen Voraussetzungen von Politikvermittlung begründet, den Forschungsbedarf skizziert und das im Begriff „Politikvermittlung“ steckende analytische und pädagogische Potenzial für die politische Bildung offen gelegt hat.

Eine erste intensive Auseinandersetzung mit dem Begriff der Politikvermittlung erfolgte 1984 in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ (Sarcinelli 1984)<sup>22</sup>, dem 1987 ein von ihm herausgegebener Sammelband folgte, mit dessen Beiträgen zum ersten Mal das politikwissenschaftliche Spektrum abgesteckt worden ist, das Analysen über Politikvermittlung zu berücksichtigen haben. Vergleicht man diesen Sammelband mit dem elf Jahre später ebenfalls von Sarcinelli herausgegebenen Band über „Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft“ (1998), fallen sofort die enormen Erkenntnisfortschritte auf, welche die politikwissenschaftliche Politikvermittlungsforschung innerhalb dieses relativen kurzen Zeitraums genommen hat. Dies veranschaulichen nicht zuletzt die Vielfalt und Breite der Themen, die nunmehr unter dem Begriff „Politikvermittlung“ abgehandelt werden und die ein sehr viel differenzierteres Bild von Politikvermittlung erkennen lassen. Der Sammelband von 1998 belegt, dass das Thema „Politikvermittlung“ zu einem zentralen Gegenstandsbereich der Politikwissenschaft geworden ist, was man von dem Sammelband von 1987 sicherlich noch nicht hat sagen können. Auch die in den Sammelband von 1998 zusammen gestellte Auswahlliteratur demonstriert die Forschungsanstrengungen auf diesem Gebiet mit Nachdruck. Sarcinellis Leistung auf diesem Gebiet liegt vor allem darin, dass er die bis dahin verstreuten kommunikationswissenschaftlichen Studien zur Politik konzeptionell unter dem Begriff „Politikvermittlung“ integriert hat und sie in einen übergeordneten demokratiethoretischen Rahmen eingebaut hat. Damit hat er der politikwissenschaftlichen Kommunikationsforschung eine Struktur gegeben und Richtung verliehen, auf die sie hat aufbauen und sich weiter entwickeln können.<sup>23</sup>

Gründe für die wachsende politische Bedeutung von Politikvermittlung sieht Sarcinelli im Strukturwandel der Öffentlichkeit, einem erhöhten Legitimationsbedarf der politischen Akteure angesichts zunehmender politischer Handlungsrestriktionen, die Verringerung der Bindung der politischen Akteure an ihre politische Basis sowie die Professionalisierung und Medialisierung der Politik (Sarcinelli 1987, S. 24-29). Ausgehend von der These, dass jedes demokratische System „seine Existenz, seine Ziele und Zielverwirklichungsabsichten dauernd publik machen muss, um sich gegenüber seinen Adressaten als vertrauens- und zustimmungswürdig zu erweisen“ (Sarcinelli 1987, S. 29), verband er von Anfang an den Politikvermittlungsbegriff konzeptionell sehr eng mit dem Begriff der Demokratie bzw. des demokratischen Systems (Sarcinelli 1992, S. 27). Allerdings macht Sarcinelli auch klar, dass sich demokratische Politik nicht auf Politikvermittlung im Sinne einer medienadressierten Darstellungspolitik verkürzt werden darf, sondern

---

22 Siehe hierzu Sarcinelli (1987). Dieser Beitrag ist eine Weiterführung von Sarcinelli (1984).

23 Vgl. hierzu auch Sarcinelli (1987b).

immer auch die Herstellung, Durchsetzung und Implementation von politischen Entscheidungen im Blick behalten muss (Sarcinelli 1998, S. 14-15).

Hinter der engen konzeptionellen Verbindung zwischen Demokratie und Politikvermittlung steht die unausgesprochene These, dass Politikvermittlung in der Demokratie anders geartet ist als in autoritären oder totalitären politischen Systemen. Damit ist zwar nicht ausgeschlossen, dass Politikvermittlung auch in demokratischen Systemen manipulativen Charakter haben kann oder, wie Sarcinelli es formuliert, eine „kommunikative Sozialtechnik“ (Sarcinelli 1984) bzw. ein „kommunikatives Kunstprodukt“<sup>24</sup> (Sarcinelli 1987, S. 24-26) ist, doch darf sie sich nach seiner Überzeugung darin nicht erschöpfen. Er formulierte insofern einen normativen Bezugsrahmen für eine „demokratische Politikvermittlung“, die folgende Eigenschaften aufweisen sollte: 1. sie muss eine Vielzahl von Quellen aufweisen; 2. sie muss die Pluralität des politischen Meinungsspektrums aufzeigen; 3. sie muss die jeweiligen Vorkenntnisse und den Informationsstand ihrer Adressaten berücksichtigen und 4. sie darf keine einseitige Elite-Bürger-Beziehung sein, sondern muss auch offen sein für die Interessenvermittlung von den Bürgern zur politischen Elite (Sarcinelli 1984, S. 4, 1987, S. 22-23). Insgesamt geht es bei der „demokratischen Politikvermittlung“ darum, „dem Bürger eine hinreichende Informationsgrundlage zur Gewährleistung einer möglichst eigenständigen Urteils- und Entscheidungskompetenz zu verschaffen“ (Sarcinelli 1987, S. 23).

Aus diesen normativen Voraussetzungen leitet Sarcinelli wiederum vier Zielfunktionen von Politikvermittlung ab: 1. eine informatorische Zielfunktion; 2. eine appellative Zielorientierung; 3. eine partizipative Zielfunktion sowie 4. eine pädagogisch-didaktische Ausrichtung (Sarcinelli 1984, S. 5-12, 1987, S. 29-43). Im Gegensatz zu den ersten drei Punkten ist die pädagogisch-didaktische Zielfunktion der Politikvermittlung in der politischen Kommunikationsforschung auf keine größere Resonanz gestoßen, sah man darin doch eher einen Gegenstandsbereich für die politische Bildung. Im Gegensatz dazu stellte sich für Sarcinelli jedoch die Frage, ob es nicht gerade die Aufgabe der pädagogisch-didaktischen Ausrichtung der Politikvermittlung sein müsste, die Voraussetzungen zu schaffen, um den normativen Anforderungen, die an die Politikvermittlung gerichtet werden, überhaupt gerecht werden zu können (Sarcinelli 1984, S. 10-12). Denn erst dann lässt sich Politikvermittlung zu einer ständigen Aufgabe einer kritischen Öffentlichkeit machen, „die mehr sein will als nur der Adressat kommunikationsstrategischer Kalküle“ (Sarcinelli 1984, S. 13, 1987, S. 45). Nur so lässt sich auch die Top Down-Perpektive kritisch reflektieren und relativieren, die mit dem Politikvermittlungsbegriff verbunden ist.

Die Förderung einer solchen kritischen Reflexion gehört nach Sarcinelli zu den zentralen Aufgaben der politischen Bildung. Für sie ist Politikvermittlung in zweifacher Weise von Bedeutung. Einerseits ist sie selbst eine Art von Politikvermittlung, andererseits muss sie die Politikvermittlung zum Gegenstand kritischer Analysen machen (Sarcinelli

---

24 „Sie (die Politikvermittlung, E.C.) ist ein kommunikatives Kunstprodukt zur Erzeugung von Loyalitätsbereitschaft oder besser von politischem Vertrauen. Sie definiert sich primär instrumentell, als „Mittel“ zur Erreichung von Zustimmung“ (Sarcinelli 1987, S. 26-27).

1988, S. 16). Dabei kann sie den oben erwähnten Eigenschaften einer „demokratischen Politikvermittlung“ in besonderer Weise gerecht werden, weil sie dialogorientiert ist, sich aus einer Vielzahl unterschiedlicher Informationsquellen speist, adressatenspezifisch ausgerichtet ist und damit dem Gebot der didaktischen Reduktion gerecht werden kann, der Pluralität der politischen Meinungen Rechnung trägt, verdeutlichen muss, dass politische Kommunikation die politische Realität konstruiert und die Einsicht vermitteln muss, dass der politische Kampf um die veröffentlichte Meinung zur Demokratie gehört. Insgesamt wird von ihr erwartet, dass sie zu einer rationalen Urteilsbildung führt und die Bereitschaft zum politischen Handeln weckt (Ebenda, S. 16-18). Wenn es der politischen Bildung gelänge, diese Anforderungen umzusetzen, dann, so seine Hoffnung, „werden auch politische Akteure in dem Zwang stehen, ihre Politikvermittlungsstrategien zu überdenken“ (Ebenda, S. 19). Mit diesen Überlegungen schlug Sarcinelli auch eine Brücke zur Fachdidaktik Sozialkunde in Lehre und schulischer Praxis. Allerdings erfährt dort der Vermittlungsbegriff eine andere Akzentuierung.<sup>25</sup> Die pädagogisch-didaktische Ausrichtung der Politikvermittlung hat Sarcinelli am Beispiel einer sog. „Parlamentspädagogik“ konkretisiert (Sarcinelli 1991, 1993). Im Mittelpunkt stand dabei die Frage, welche didaktischen Beiträge die Besucherdienste der Parlamente erbringen müssen, um den Besuchern der Parlamente ein zutreffendes Bild des deutschen Parlamentarismus zu vermitteln. Hinter diesen Bemühungen stand nicht zuletzt die paradoxe Erfahrung, dass viele Landtagsbesucher nach ihrem Besuch ein negativeres Parlamentsbild hatten als vor dem Besuch.

### 3.2 Symbolische Politik

Innerhalb der Politikvermittlung nimmt die symbolische Politik einen prominenten Stellenwert ein. Anknüpfend unter anderem an die bahnbrechenden Arbeiten von Murray Edelman (1976, 1977) hat Sarcinelli in seiner Habilitationsschrift (Sarcinelli 1987a) die Bedeutung von symbolischer Politik am Beispiel von Wahlkämpfen, insbesondere des Bundestagswahlkampfes 1980, illustriert und exemplifiziert. Im Mittelpunkt „steht die Untersuchung der politisch-symbolischen Bedeutung der öffentlich ausgetragenen, medienvermittelten politischen Kommunikation“ (Ebenda, S. 8). Aber nicht nur das. Untersucht wird nicht nur, und hier weit über Edelman hinausgehend, die unmittelbar beobachtbaren Versatzstücke symbolischen Handelns in der Politik, sondern Sarcinelli legt auch die theoretischen und normativen Voraussetzungen, Hintergründe und Kontexte offen, die für eine angemessene Erklärung symbolischer Politik unverzichtbar sind. Um die Breite seiner Ausführungen zu verdeutlichen, seien einige der Themen genannt, die

---

<sup>25</sup> Zu den vielfältigen Bedeutungen des Begriffes „Vermittlung“ in der politischen Bildung siehe Simon (1998).

er mit der politischen Symbolik und symbolischen Politik<sup>26</sup> verbindet: politische Kommunikation, politischer Stil, politische (Verhaltens-)Steuerung, politische Macht, politische Sprache, insbesondere die Wahlkampfsprache, politische Legitimation, politische Themen („issues“), politische Problemlösungssurrogate, politische „Wertladung“ von Symbolen, Personalisierung als symbolische Politik, zwischenparteiliche Auseinandersetzungen über politische Symbole, symbolische Politik und politische Realität und andere. Wer Sarcinellis Arbeiten kennt, wird unschwer feststellen können, dass er im Laufe der Zeit immer wieder auf diese Themen zurückgekommen ist und sie weiter ausgebaut hat. Wer sich einen tiefgründigen Einblick in die symbolische Politik verschaffen muss, wird noch immer auf diese Arbeit zurückgreifen müssen.

Im Folgenden soll etwas genauer auf die Analysen eingegangen werden, deren Ergebnisse sich als besonders weiterführend erwiesen haben. Die Einleitung beginnt mit einer Klarstellung, die bis dahin in dieser apodiktischen, aber gleichwohl zutreffenden Form, nicht geäußert worden ist. „Die Frage, worauf es eigentlich ankommt, auf die Darstellung der Politik oder auf die Politik selbst, ist falsch gestellt“ (Sarcinelli 1987a, S. 5), denn. „Politik ist für den Bürger ganz überwiegend Darstellung von Politik“ (Ebenda.). Und weiter: „Politische Öffentlichkeit, genauer veröffentlichte Meinung ist in hohem Maße ein „kommunikatives Kunstprodukt“, erzeugt durch die „Entfaltung demonstrativer Publizität“ politischer Akteure“ (Ebenda.). Dennoch, auch wenn Herstellung und Darstellung der Politik zumindest während der Wahlkämpfe in vielfacher Weise identisch sein mögen, gibt es doch auch Bereiche, in denen die analytische Trennung zwischen beiden Politikformen sinnvoll ist. Hierbei ist dann aber von besonderem Interesse, wie die Herstellung von Politik deren Darstellung bzw. die Notwendigkeit der Darstellung die Herstellung der Politik beeinflusst. Damit Politik glaubwürdig bleiben kann, darf zwischen beiden Politikformen also keine allzu große Diskrepanz bestehen.

Sarcinelli hat überdies hervorgehoben, dass, wie dies die Arbeiten von Edelman nahelegen, symbolische Politik nicht einseitig als Manipulation der Öffentlichkeit aufgefasst werden darf, sondern sie auch positive Funktionen hat, da sie den politischen Prozess vereinfacht und veranschaulicht und damit für viele Bürger überhaupt erst verständlich macht (Ebenda, S. 6). Darüber hinaus hält er sie für unerlässlich, um die (mehr oder weniger fiktiven) politischen Divergenzen, die häufig als Fundamentalalternativen dargestellt werden<sup>27</sup>, zwischen ansonsten ähnliche Ziele und Problemlösungen verfolgenden Parteien veranschaulichen zu können (Ebenda, S. 65-66). Weiterhin vermittelt die symbolische Politik den Bürgern das Gefühl, zumindest als Zuschauer an der Politik teilzunehmen (Ebenda, S. 11, 222-228). Dass mit ihr zugleich politische Steuerungsbemühungen ver-

26 „Während „politische Symbolik“ die kommunikativen, zumeist sprachlichen Stimuli meint, derer sich Akteure bedienen, wird von „symbolischer Politik“ immer dann gesprochen, wenn das prozesshafte Handeln, also der politisch-strategische Verwendungszusammenhang im Kommunikationsablauf Gegenstand der Analyse ist“ (Sarcinelli 1987a, S. 9).

27 Dies ist immer dann der Fall, wenn Sachfragen wertmäßig zu Prinzipienfragen aufgeladen werden (Sarcinelli 1987a, S. 144-158).

bunden sind, die auf den Gewinn von politischer Unterstützung ausgerichtet sind, widerspricht all dem keineswegs, sondern ist nur die andere Seite von symbolischer Politik.

Von zentraler Bedeutung für die symbolische Politik ist auch das Verhältnis von Politik und Medien. Letztere sind für ein demokratisches System unerlässlich, weil sie einerseits für die Bürger für Offenheit und Öffentlichkeit der Politik sorgen und andererseits für die politische Akteure eine unverzichtbare Bedingung sind, um ihre politischen Botschaften den Bürgern zu übermitteln. Wenn aber Politik zu einem medienvermittelten Phänomen wird, stellt sich nicht nur die Frage, wie die Politik sich auf die Vermittlungsleistungen der Medien einstellt und sie in ihrem Sinne zu beeinflussen sucht, sondern gleichermaßen wird die Frage aufgeworfen, ob und wie sich dadurch die Politik und unser Verständnis von ihr selbst verändert. Noch eine weitere Frage stellt sich zum Verhältnis von Politik und Medien (dazu auch Sarcinelli 1992). Die Beziehungen zwischen politischen Akteuren und Journalisten haben eine Vielzahl von Studien hervorgebracht, in denen einmal das Übergewicht bei den Medien, ein anderes Mal bei den politischen Akteuren vermutet wird. Sarcinelli schloss sich keinem der beiden Lager an, sondern er sprach von einer „Symbiose“ bzw. „symbiotischen Kommunikationsgemeinschaft“ zwischen politischen und medialen Akteuren (Sarcinelli 1987a, S. 213-222, 1992, S. 42, 46), weil beide voneinander abhängig sind. Diese wechselseitige Abhängigkeit begründet ein Tauschverhältnis. Die politischen Akteure sind auf die Vermittlungsleistungen der Medien und die Journalisten auf die Informationen der politischen Akteure angewiesen. Das schließt Instrumentalisierungen zwar nicht aus, doch erfolgen sie in beiden Richtungen (Sarcinelli 1998, S. 218).

### 3.3 Strukturwandel der Parteiendemokratie

Da Sarcinellis wissenschaftliche Anfänge in der Parteienforschung liegen, war es nur konsequent, dass er auch in Verbindung mit seinen Überlegungen zur Politikvermittlung und symbolischer Politik über die Auswirkungen nachgedacht hat, die sich durch die Veränderungen in der Medienlandschaft auf die Parteien und das von ihnen geprägte repräsentative parlamentarische System ergeben bzw. ergeben könnten. Insofern hat er großen Anteil daran, dass sich die Parteienforschung inhaltlich von ihren Traditionsbeständen<sup>28</sup> etwas gelöst und sich den neuen thematischen Herausforderungen, die sich aus der Bedeutungszunahme der Medien für den politischen Prozess im Allgemeinen und für die Parteien im Besonderen ergeben haben, gestellt hat. Parteien sind für Sarcinelli ein wesentlicher Teil der parlamentarischen Demokratie. Ihre Funktion, zwischen dem politischen System und der Gesellschaft in beiden Richtungen zu vermitteln, macht sie für die Legitimität der repräsentativen Demokratie, also für ihre Anerkennung und Akzeptanz, unverzichtbar, da „Kommunikationsfragen den legitimatorischen Kern aller Überlegungen für eine Weiterentwicklung des demokratischen Systems darstellen“ (Sar-

---

28 „Klassisch“ hierzu noch die voluminöse Arbeit von Heino Kaack (1971).

cinelli 1998b, S. 551). Legitimität wird damit zu einer von Kommunikation abhängigen Variable (Ebenda, S. 551-553), die, angesichts des von ihm und vielen anderen Autoren konstatierten kommunikativen Bedeutungsverlustes der Parlamente (Sarcinelli 2003, S. 42-44), neben den Regierungen insbesondere von den Kommunikationsleistungen der Parteien nach innen und nach außen beeinflusst wird (Sarcinelli 2003, S. 41-42).

Nach Sarcinelli sind die Parteien durch die Veränderungen der Medienlandschaft unter Kommunikationsdruck und damit in ein ernstes „Modernisierungsdilemma“ geraten. Einerseits konnten sie ihre Traditionsbestände als Mitgliederparteien nicht von heute auf morgen über Bord werfen, ohne ihre politische Identität und ihren gesellschaftlichen Rückhalt zu verlieren. Andererseits mussten sie sich aber auch auf die veränderten medialen Rahmenbedingungen und der von ihnen ausgelösten Verschärfung des zwischenparteilichen Wettbewerbs einstellen (Sarcinelli 1998a, S. 293-294). Angesichts dieses Dilemmas wurde gelegentlich die Befürchtung geäußert, die Parteien könnten ihre Traditionsbestände allzu bedenkenlos zugunsten einer Anpassung an die für sie neue Situation aufgeben und sich von ihrer gesellschaftlichen Basis verabschieden, wodurch auch ihre zentrale demokratische Funktion, zwischen Staat und Gesellschaft zu vermitteln, in Mitleidenschaft gezogen würde. Im Gegensatz zu derartig geäußerten Befürchtungen sah Sarcinelli die „besondere kommunikative Scharnierfunktion“ (Sarcinelli 1998a; S. 277) der Parteien zwischen Staatswillensbildung und Volkswillensbildung nicht grundsätzlich in Frage gestellt, auch wenn sie sich wegen der politischen Bedeutungszunahme des Fernsehens und des Internets schrittweise veränderte. Diese Veränderungen betrafen laut Sarcinelli alle Ebenen der Parteiaktivitäten, sei dies die Makro-, Meso- oder Mikroebene, in jeweils unterschiedlicher Weise und unterschiedlichem Ausmaß. Erschwerend kam dabei für die Parteien hinzu, dass die durch die Medien induzierten Veränderungen begleitet wurden von langfristig wirkenden Prozessen, wie zum Beispiel den Rückgang der Parteienidentifikation und die Schrumpfung der Stammwähleranteile, den Schwund an Parteimitgliedern oder die „Entideologisierung“ der Parteien. Auch wenn sich viele der den Strukturwandel der Parteien auslösenden Prozesse<sup>29</sup> nicht direkt auf die Medien zurückführen lassen, bot sich jedoch aus der Sicht der Parteien die Möglichkeit, sie durch ein medial gesteuertes Politikmanagement in ihrem Sinne beeinflussen zu können. Alles dies hat wiederum die „politische(n) Akteure zu einer Intensivierung der Darstellungspolitik und die politischen Organisationen zu einem Ausbau und einer Professionalisierung der Öffentlichkeitsarbeit“ (Ebenda, S. 286) genötigt und zu erheblichen Veränderungen sowohl in der Binnenkommunikation als auch in der Außenkommunikation der Parteien geführt (Ebenda, S. 281-286).<sup>30</sup>

Das von Sarcinelli aufgezeigte Modernisierungsdilemma der Parteien (Ebenda, S. 293-296) schlägt sich ganz konkret am Verhältnis zwischen Parteiführungen und ihrer Basis nieder. So kann die verstärkte Orientierung und Anpassung der Parteien an die Produk-

---

29 Zum Strukturwandel des Parteiensystems zu Beginn der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts siehe Guggenberger (1983, S. 77-93).

30 Vgl. dazu auch schon Sarcinelli (1987a).

tionsbedingungen der Medien und die Logik der Medienberichterstattung die etablierten Beziehungen zwischen den Parteiführungen und den Parteimitgliedern sowie den Parteien und Bürgern lockern. Die Parteiführungen sehen sich gezwungen, nicht mehr unmittelbar mit den Mitgliedern und/oder Bürgern zu kommunizieren, sondern dies nur noch indirekt über die Medien und mit Hilfe der Medien zu tun (Ebenda, S. 291-293). Auf diese Weise verändern sich einerseits die Anforderungen an die Parteiführungen, die nun dafür Sorge tragen müssen, „medial vermittelbar“ zu sein (Ebenda.). Andererseits koppeln sich die Parteiführungen von ihrer Basis ab und büßen ihre gesellschaftliche Verwurzelung ein, wie nicht zuletzt auch Wilhelm Hennis kritisiert hat (Hennis 1983). Sarcinelli sieht ebenfalls die Gefahren, die durch die Medialisierung der Politik entstehen, doch ergeben sich seiner Meinung nach dadurch auch neue Möglichkeiten, die eine demokratisierend Wirkung haben können, wie zum Beispiel eine verstärkte Öffnung der Parteien für Externe, die Verbesserung der Binnenkommunikation und die Einrichtung offener Foren, wodurch die Zugänge für Nichtmitglieder zu parteiinternen Diskussionen erleichtert werden können (Sarcinelli 1998a, S. 287-291). Auch bieten die sog. „Online-Medien“ vermehrt Chancen für Interaktivität und Responsivität in der Politikvermittlung, wie zum Beispiel eine passgenaue Zielgruppenansprache (Ebenda, S. 295). Insofern wird die Parteiendemokratie nicht einfach durch eine „Mediendemokratie“<sup>31</sup> ersetzt werden, wohl aber wird sie einen tiefgreifenden Wandel erfahren, dessen Konturen Sarcinelli schon sehr früh gesehen hat, der jedoch bis heute nicht abgeschlossen ist.

### 3.4 Politikwissenschaftliche Kommunikationsforschung

Sarcinelli hat sich auch immer wieder in die Diskussionen über den Stellenwert der politischen Kommunikationsforschung innerhalb der deutschen Politikwissenschaft eingeschaltet (Sarcinelli 2001) und Forschungsperspektiven entwickelt, die gerade nicht auf eine Erweiterung und Ergänzung der Politikwissenschaft um eine neue Teildisziplin gerichtet waren (Sarcinelli 2004, S. 15, so aber z.B. Marcinkowski 2001, S. 248-255), sondern hinter denen vielmehr die Absicht einer „Rückbesinnung auf politikwissenschaftliche Kernbereiche und Problemstellungen unter besonderer Berücksichtigung kommunikationswissenschaftlicher Dimensionen“ (Sarcinelli 2002, S. 331) stand.<sup>32</sup> „(E)iner auf vordergründige Erscheinungen reduzierten Politikvermittlung“ (Sarcinelli 2004, S. 16) erteilte er deshalb eine klare Absage. Ihm ging es vielmehr darum, „Anschluss an die Kerngebiete der Politikwissenschaft zu suchen“ (Sarcinelli 2002, S. 334) und sich mit der Frage auseinander zu setzen, wie sich die Politik und das Politische im Allgemeinen und die Demokratie im Besonderen durch die politikrelevante Massenkommunikation ver-

---

31 Zu den mit dem Begriff „Mediendemokratie“ verbundenen normativen Erwartungen siehe Pfetsch/Marcinkowski (2009, S. 11-12).

32 Dass ihm hierbei seine solide Ausbildung in der „traditionellen“ Politikwissenschaft sehr dienlich ist, sei nur am Rande vermerkt.

ändert (Ebenda, S. 334-336).<sup>33</sup> Er schlägt deshalb vor, klassische politikwissenschaftliche Begriffe wie z.B. „Legitimität“ oder „Repräsentation“ kommunikativ neu zu definieren (Ebenda, S. 335).<sup>34</sup>

Solche Einsichten waren bis Ende der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts allenfalls in ersten Ansätzen erkennbar. Trotz der im Vergleich zu den sechziger und siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts zu beobachtenden Zunahme an Studien zur politischen bzw. politikwissenschaftlichen Kommunikationsforschung, wurde ihr noch Ende der achtziger Jahre eine randständige Position innerhalb der Politikwissenschaft zugewiesen (Kaase/Schulz 1989, S. 9). Max Kaase (1986, S. 359) kam sogar, wenn auch auf eingestander Maßen dürftiger empirischer Basis, zu dem Ergebnis, dass die deutsche Politikwissenschaft die Massenkommunikation als Forschungsgegenstand weitgehend ignoriert<sup>35</sup> habe.<sup>36</sup> Folgerichtig forderte er pauschal „Forschung und noch mehr Forschung“ mit dem Ziel einer Präzisierung der Bedingungen, „unter denen jeweils bestimmte Entwicklungen eingetreten sind oder mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit eintreten werden“ (Ebenda, S. 368), um „zu komplexeren Theorien des politischen Prozesses zu gelangen“ (Ebenda).

Zu dem Zeitpunkt, als Kaase seine Bewertung vornahm, hatte sich die Situation jedoch schon erheblich verändert.<sup>37</sup> Zwar stellten Otfried Jarren und Sarcinelli einen Mangel an „methodisch komplexeren Mehrebenen-Analysen“, vergleichenden Untersuchungen

---

33 Sarcinelli geht es also nicht um Massenkommunikationsforschung schlechthin, sondern „nur“ um die *politische Kommunikationsforschung* (Sarcinelli 2002, S. 331-332).

34 Zu seinen eigenen Bemühungen in dieser Richtung siehe Sarcinelli (1998b, S. 548-553, 1998c („Legitimität“) und S. 555-558 („Repräsentation“).

35 Kaase kam einige Jahre später zu dem Ergebnis, „dass sich an diesem Befund im Prinzip nichts geändert hat“ (Kaase 1998, S. 98). Die „empirische“ Grundlage für dieses Ergebnis besteht in einer Auszählung der Beiträge zur Massenkommunikation von vier deutschen und zwei amerikanischen politikwissenschaftlichen und soziologischen Fachzeitschriften für den Zeitraum 1970 bis 1994. Betrachtet man das Literaturverzeichnis, so finden sich insgesamt 75 Titel. Davon sind fast die Hälfte englischsprachige Arbeiten. Von den Aufsätzen in deutscher Sprache beschäftigen sich etwa die Hälfte mit dem Verhältnis von Politik und Kommunikation, wobei ein Schwerpunkt auf dem Verhältnis von Wahlen und Kommunikation liegt. Viele politikwissenschaftliche Arbeiten zur politischen Kommunikation finden dagegen keine Erwähnung. Der „Trick“, den Kaase anwendet, um einer intensiveren Auseinandersetzung mit den bis 1998 publizierten politikwissenschaftlichen Arbeiten zur politischen Kommunikationsforschung aus dem Weg zu gehen, besteht darin, dass er hohe Ansprüche an die politikwissenschaftliche Kommunikationsforschung stellt, was ihm ermöglichen soll, sich auf die wenigen Arbeiten zu beschränken, die seiner Überzeugung nach diese Anforderungen wenigstens ansatzweise erfüllen. Mit einem *wissenschaftlich* fundierten Ein- und Überblick in den Forschungsstand ist eine solche „Methode“ allerdings nicht vereinbar.

36 Sarcinelli sprach weniger dramatisierend von einem „Forschungsdesiderat“ (Sarcinelli 1992, S. 39).

37 Siehe zum Beispiel Reese-Schäfer (1997), Schiller (1998), Eilders (1997) sowie die Beiträge in Jarren u.a. (Hrsg.) (1998) und die prägnante Übersicht zum Forschungsstand bei Tenschler (2003).

und Langzeitstudien sowie an Studien zur Makro- und Mesoebene fest (Jarren/Sarcinelli 1998, S. 15), doch bietet das von ihnen mit Ulrich Saxer gemeinsam herausgegebene Handbuch zur politischen Kommunikation (Jarren u.a. (Hrsg.) (1998) bereits einen guten Einblick in die großen Fortschritte, die mittlerweile die politikwissenschaftliche Kommunikationsforschung gemacht hat.<sup>38</sup> Einige Jahre später beklagte Sarcinelli zwar noch immer, dass sich die politische Kommunikationsforschung trotz gemachter Fortschritte „noch nicht zufriedenstellend beschreiben“ (Sarcinelli 2002, S. 328) lasse, doch stellt er zugleich auch fest, dass sie sich „in der deutschen Politikwissenschaft als einer der produktivsten Forschungszeige habe etablieren können, der sich zudem noch eines überdurchschnittlichen publizistischen Interesses erfreut“ (Ebenda). In der 3. Auflage von „Politische Kommunikation in Deutschland“ schließlich weist er aber auch auf ein großes Defizit hin, das er darin sieht, dass trotz einer Vielzahl von Arbeiten zur politischen Kommunikationsforschung und Fortschritten in der interdisziplinären Ausrichtung normative politikwissenschaftliche Fragen oft nicht mehr gestellt würden. Damit spricht er vor allem die abnehmenden bzw. fehlenden Bezüge zu demokratietheoretischen, politisch-institutionellen und politisch-kulturellen Kontextbedingungen an (Sarcinelli 2011, S. 12-13). Große Defizite sieht er auch noch im Bereich der universitären Lehre. „Man kann auch heute noch Politikwissenschaft studieren und erfolgreich ein Examen ablegen, ohne sich intensiver mit Problemen politischer Kommunikation beschäftigt zu haben“ (Ebenda).<sup>39</sup> Von daher glaubt er, dass auch aufgrund forschungsstrategischer Defizite „die Gefahr der Selbstmarginalisierung politischer Kommunikationsforschung innerhalb und außerhalb der Politikwissenschaft“ (Ebenda, S. 229) noch immer nicht gebannt sei. Diese Einschätzung mutet aus heutiger Sicht etwas zu pessimistisch ein. Spätestens das von Frank Marcinkowski und Barbara Pfetsch 2009 herausgegebene Sonderheft der Politischen Vierteljahresschrift über „Politik in der Mediendemokratie“ (Marcinkowski/Pfetsch (Hrsg.) 2009) dürfte gezeigt haben, dass die politikwissenschaftliche Kommunikationsforschung sich als Teilbereich innerhalb der Politikwissenschaft etabliert hat, der zugleich alle Bereiche der Politikwissenschaft, einmal mehr – einmal weniger, durchdringt (Pfetsch/Marcinkowski 2009).<sup>40</sup> Auch wenn Pfetsch/Marcinkowski mit Recht auf die nicht abgeschlossene Theoriedebatte und „einer unbefriedigenden Situation empirischer Evidenz der generellen und nachhaltigen Medialisierung von Politik“ (Ebenda, S. 17) hinweisen, so wird man doch auch fragen müssen, für welchen Teilbereiche der Politikwissenschaft diese Aussage eigentlich nicht gilt.

---

38 Siehe hierzu auch Saxer (1998).

39 Um dem etwas Abhilfe zu schaffen, hat Sarcinelli wesentlich dazu beigetragen, dass am Campus Landau der Universität Koblenz-Landau ein Masterstudiengang „Sozial- und Kommunikationswissenschaften“ mit den Schwerpunkten „Politik und Politikvermittlung in der EU“, „Strategische Kommunikation – Politische Kommunikation“ und „Strategische Kommunikation – Organisationskommunikation“ angeboten wird.

40 Siehe hierzu auch Sarcinelli (2011).

## 4 Fazit

Man wird wohl kaum übertreiben, wenn man feststellt, dass Ulrich Sarcinelli wesentlichen Anteil bei der Entwicklung und Grundlegung der Fundamente der politikwissenschaftlichen Kommunikationsforschung in Deutschland hatte. Sie hat sich inzwischen als eine „normale Wissenschaft“ (Thomas S. Kuhn) etabliert. Das heißt, um im Bild zu bleiben, es wird kräftig an- und ausgebaut, aufgestockt, neu tapeziert, umarrangiert und renoviert, aber gelegentlich werden die Wände auch nur übertüncht. Der zwangsläufig dabei anfallende Müll wird kontinuierlich entsorgt. Dass Sarcinelli an alledem seit Jahrzehnten maßgeblich beteiligt ist, bedarf keines weiteren Kommentars.<sup>41</sup> Die von ihm schon früh gelegten Fundamente konnten bis heute nicht ernsthaft erschüttert werden. Sie haben sich als erstaunlich stabil erwiesen. Dies lässt darauf schließen, dass sie sehr solide verankert worden sind, was natürlich nicht ausschließt, dass sie nicht doch eines Tages zusammen brechen werden. Bislang ist davon aber kaum etwas zu bemerken.

## Literatur

- Abromeit, Heidrun (1972). *Das Politische in der Werbung*. Opladen: Westdeutscher V.
- Arnim, Gabriele (1973). Fünf Thesen über die Mitwirkung der Massenmedien im Wahlkampf. In: Dieter Prokop (Hrsg.), *Massenkommunikationsforschung*, Band 2 (S. 249-252). Frankfurt a.M.: Fischer.
- Bach, Wolfgang (1977). *Geschichte als politisches Argument*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Badura, Bernhard (1972). *Bedürfnisstruktur und politisches System*. Stuttgart u.a.: Kohlhammer.
- Baerns, Barbara (1981). Öffentlichkeitsarbeit der Exekutive und Informationsleistungen der Medien. In: Heinz-Dietrich Fischer (Hrsg.), *Regierungssprecher* (S. 55-69). Köln: Verlag Wissenschaft und Politik.
- Baker, Kendall L., Norpoth, Helmut, Schönbach, Klaus (1981). Die Fernsehdebatten der Spitzenkandidaten vor den Bundestagswahlen 1972 und 1976. Form, Inhalt und das Urteil des Publikums. In: *Publizistik* 26, 530-544.
- Becker, Jörg (1979). Parlamentarismus und parlamentarische Rede. *Die Mitarbeit* 28, 216-233.
- Becker, Jörg, Gantzel, Klaus (1975). Feindbilder in Regierungserklärungen und Bundestagsreden. *Friedensanalysen* 1, 63-86.
- Bergsdorf, Wolfgang (1978). *Politik und Sprache*. München: Olzog.
- Bergsdorf, Wolfgang (1980). Sprachlenkung im Nationalsozialismus. In: Martin Greiffenhagen (Hrsg.), *Kampf um Wörter?* (S. 65-74). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Bergsdorf, Wolfgang (1980a). *Die Vierte Gewalt*. Mainz: v. Hase und Koehler.
- Bergsdorf, Wolfgang (1983). *Herrschaft und Sprache*. Pfullingen: Günther Neske.
- Bergsdorf, Wolfgang (Hrsg.) (1979). *Wörter als Waffen*. Stuttgart: Bonn Aktuell.
- Besson, Waldemar (1964). Die außenpolitische Debatte. In: *Führung und Bildung in der heutigen Welt*. Herausgegeben zum 60. Geburtstag von Ministerpräsident Kurt Georg Kiesinger (S. 280-287). Stuttgart: DVA.
- Beyme, Klaus von (Hrsg.) (1986). *Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland*. PVS-Sonderheft 17/1986, Opladen: Westdeutscher V.

---

<sup>41</sup> Siehe hierzu das Schriftenverzeichnis von Ulrich Sarcinelli am Ende des Bandes.

- Biedenkopf, Kurt H. (1977). Eine Strategie für die Opposition. In: Heino und Ursula Kaack (Hrsg.), Parteien-Jahrbuch 1973/74 (S. 227-230). Meisenheim am Glan: Anton Hain.
- Bork, Siegfried (1970). Mißbrauch der Sprache. Bern/München: Francke.
- Cerny, Karl H. (1978). Germany at the Polls. Washington, D.C.: American Enterprise Institute.
- Deutsch, Karl W. (1973). Politische Kybernetik. Freiburg (3. Aufl.): Rombach.
- Dieckmann, Walther (1975). Sprache in der Politik. Heidelberg (2. Aufl.): C. Winter Universitätsverlag.
- Dieckmann, Walther (1981). Politische Sprache, politische Kommunikation. Heidelberg: C. Winter Universitätsverlag.
- Diederich, Nils (1965). Empirische Wahlforschung. Köln/Opladen: Westdeutscher V.
- Edelman, Murray (1976). Politik als Ritual. Frankfurt a.M./New York: Campus.
- Edelman, Murray (1977). Political Language. New York u.a.: Academic Press.
- Eilders, Christiane (1997). Zur Qualität und Rezeption politischer Information. Politische Vierteljahresschrift 38, 617-624.
- Ellwein, Thomas (Hrsg.) (1980). Politikfeld-Analysen 1979. Opladen: Westdeutscher V.
- Eroms, Hans-Werner (1974). Asymmetrische Kommunikation. Sprache im technischen Zeitalter 52/1974, 297-318.
- Faber, Karl-Georg (1975). Zum Einsatz historischer Aussagen als politisches Argument. Historische Zeitschrift Band 221, 265-303.
- Fabris, Hans H. (1974). Der Politiker als Kommunikator. In: Wolfgang R. Langenbucher (Hrsg.), Zur Theorie der politischen Kommunikation (S. 110-122). München: Piper V.
- Faltlhauser, Kurt (1971). Wahlkampf im Wahlkreis. Dissertation Universität Mainz.
- Feist, Ursula, Liepelt, Klaus (1982). Objektiv der Politik oder politische Kamera? Media Perspektiven Heft 10, 619-635.
- Fetscher, Iring, Richter, Horst E. (Hrsg.) (1976). Worte machen keine Politik. Reinbek: Rowohlt.
- Flohr, Heiner (1968). Parteiprogramme in der Demokratie. Göttingen: Otto Schwartz.
- Frese, Jürgen (1972). Politisches Sprechen. In: Annamaria Rucktäschel (Hrsg.), Sprache und Gesellschaft (S. 102-114). München: UTB.
- Gaier, Ulrich (1971). Sprache in politischer Rede. Aus Politik und Zeitgeschichte 9/71, 21-32.
- Gemmeke, Vera (1967). Parteien im Wahlkampf. Meisenheim am Glan: Anton Hain.
- Glutz, Peter (1986). Kampagne in Deutschland. Hamburg: Hoffmann und Campe.
- Greiffenhagen, Martin (Hrsg.) (1980). Kampf um Wörter? Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Grünert, Horst (1974). Sprache und Politik. Berlin/New York: Walter de Gruyter.
- Guggenberger, Bernd (1983). Umweltschutz und neue Parteibewegung. In: Christian Graf von Krockow (Hrsg.), Brauchen wir ein neues Parteiensystem? (S. 75-104). Frankfurt a.M.: Fischer.
- Habermas, Jürgen (1969). Strukturwandel der Öffentlichkeit. Neuwied/Berlin (4. Aufl.): Luchterhand.
- Habermas, Jürgen (1971). Technik und Wissenschaft als 'Ideologie'. Frankfurt a.M. (5. Aufl.): Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen (1973). Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus. Frankfurt a.M. (2. Aufl.): Suhrkamp.
- Heidorn, Joachim (1982). Legitimität und Regierbarkeit. Berlin: Duncker & Humblot.
- Hennis, Wilhelm (1983). Überdehnt und abgekoppelt, in: Christian Graf von Krockow (Hrsg.), Brauchen wir ein neues Parteiensystem? (S. 28-46). Frankfurt a.M.: Fischer.
- Hennis, Wilhelm (2000). Politikwissenschaft und politisches Denken. Tübingen: Mohr.
- Hereth, Michael (1970). Die Öffentlichkeitsfunktion des Parlaments. Politische Vierteljahresschrift 11, 29-45.
- Hereth, Michael (1971). Die Reform des Deutschen Bundestages. Opladen: Leske V.
- Hirsch-Weber, Wolfgang, Schütz, Klaus u.a. (1957). Wähler und Gewählte. Köln: Westdeutscher V.